Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 8. Wahlperiode, 1971-75

(5.9.1973) Drucksache 8/595

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
8. Wahlperiode

Drucksache 8 / 595
05. 09. 73

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

Integration ausländischer Arbeitnehmer

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) vertritt die Auffassung, daß die Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik nur im Rahmen einer politischen Gesamtkonzeption für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer sachgerecht getroffen werden können. Das Fehlen dieser Gesamtkonzeption in der Bundesrepublik bringt die Gefahr gesellschaftspolitischer und finanzieller Fehlentscheidungen mit sich. Maßnahmen, die sich auf Symptome beschränken, liegen weder im Interesse der Betroffenen noch der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziele der Bundesrepublik.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Rotationsprinzip im Sinne einer generellen zwangsweisen Begrenzung der Aufenthaltsdauer und die ständige Ersetzung ausländischer Arbeitnehmer durch neu angeworbene nach Ablauf einer bestimmten Zeit ab. Eine derart schematische Reglementierung entspräche weder den Interessen der einzelnen Menschen aus dem Ausland noch den Belangen der Wirtschaft, die auf die kontinuierliche Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer angewiesen ist.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, daß den ausländischen Arbeitnehmern, die längere Zeit in der Bundesrepublik bleiben, auf die Dauer die Trennung von ihren Familien nicht zugemutet werden kann. Eine Zusammenführung der Familien liegt auch im Interesse der einheimischen Bevölkerung.

Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Meinung, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die vorrangig zu sichernde, weltweit anerkannte Schnelligkeit der bremischen Häfen ohne Einsatz von ausländischen Arbeitnehmern nicht aufrechterhalten werden kann. Zur Behebung dieses Engpasses erachtet die Bremische Bürgerschaft (Landtag) die Unterbringung von ausländischen Arbeitnehmern auf dem vorgesehenen Wohnschiff für vertretbar, falls diese Unterbringung nur vorübergehend erfolgt und Arbeitgeber und staatliche Stellen sich unverzüglich mit Erfolg um eine anderweitige angemessene Unterbringung bemühen, die eine Integration der ausländischen Arbeitnehmer fördert.

Klein und Fraktion der CDU

Carl Schünemann Bremen